

Stellungnahme der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zum Haushalt 2018

Liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrter Herr Bürgermeister,

heute diskutieren und beschließen wir den Haushalt für das Jahr 2018. Alle sind davon begeistert, dass wir einen Überschuss ausweisen können. Es soll aber bitte nur ein kleiner Überschuss werden. Ich frage mich warum?

In 2014 lag das Jahresergebnis bei einem Defizit von 16,6 Millionen, in 2009 bei 19,8 Millionen und in 2010 sogar bei 27,1 Millionen Euro Defizit.

Nach Adam Riese macht dies 63,5 Millionen Euro Defizit in diesen 3 Jahren. Kleine Überschüsse in einzelnen Jahren und weitere Defizite in den anderen Jahren führten dazu, dass die Liquiditätskredite in den letzten 10 Jahren auf 85 Millionen Euro Ende 2017 angestiegen sind.

Und jetzt haben wir die Chance, nicht einen Überschuss von 20 Millionen zu erwirtschaften, sondern einen Überschuss von nur 3 Millionen. Aber auch diese 3 Millionen scheinen Ihnen, meine Damen und Herren zu viel zu sein.

In der Haushaltskommission war die SPD aktiv geworden mit der Idee, jährlich mindestens einen bestimmten Betrag als Gewinn zu erwirtschaften, um die Schulden schneller abzubauen. Auch dieses Ansinnen ist plötzlich tot.

Wovor haben Sie Angst, liebe Ratsmitglieder? Woran könnte diese Abkehr von der bisherigen Sanierungsplanung liegen?

Am 22.11.2017 schreibt die IHK Köln in ihrer Stellungnahme zum Haushaltsentwurf an die Stadt. Ich zitiere:

"Unter Berücksichtigung des aktuellen Vorschlags der Kreisverwaltung, aufgrund der zufriedenstellenden haushaltswirtschaftlichen Lage des Kreises die angehörigen Kommunen bei der Kreisumlage zu entlasten, sollte vielmehr überlegt werden, auf die geplanten Steuererhöhungen bestenfalls zu verzichten." Zitat Ende.

2 Tage später legt die Verwaltung im Hauptausschuss eine neue Satzung über die Festsetzung des Gewerbesteuer-Hebesatzes vor. Aus dem "bestenfalls zu verzichten" wird dann eine Verringerung der Erhöhung um 75 %. Aus der Erhöhung der Gewerbesteuer auf 490 % wird dann 475 %. CDU, SPD und FDP haben dies im Hauptausschuss schweigend, ohne Diskussion zustimmend zur Kenntnis genommen und dann auch so beschlossen - ohne Diskussion. Wenn so eine gravierende Änderung der Steuersätze und somit der Sanierungsplanung erfolgt, erwarte ich schon

eine Diskussion in den gewählten Ausschüssen und nicht in irgendwelchen anderen geheimen Kreisen. Ich frage mich, mit wem und in welcher Zusammensetzung diese Änderung diskutiert worden ist.

Sie fragen sich wahrscheinlich jetzt, warum die Grünen wegen 2 Millionen Euro so viel Aufstand machen.

Im Augenblick mag uns der riesige Schuldenberg von etwa 80 Millionen nicht wehtun. Aber bleiben die Zinsen so niedrig? Für die Kassenkredite bezahlen wir im Augenblick durchschnittlich schätzungsweise 1 % Zinsen. Dies wird nicht für immer und ewig so bleiben. Bei steigenden Zinsen für unsere Kassenkredite zum Beispiel auf 4 % (das bedeutet bei über 80 Millionen Euro Kassenkredite 2,4 Millionen Euro Zinszahlung mehr als jetzt) wird unsere Handlungsfähigkeit mit Sicherheit schnell eingeschränkt. Deswegen sollte möglichst jetzt möglichst viel Kassenkredit abgebaut werden.

Auch dazu zitiere ich die IHK-Stellungnahme zum Haushaltsentwurf:

"Diese (gemeint sind die Kassenkredite) sind jedoch einem besonders hohen Zinsänderungsrisiko unterworfen, das im schlimmsten Fall zu einer Abschmelzung der für die kommenden Jahre veranschlagten Jahresüberschüsse führen könnte." Zitat Ende.

Es ist noch nicht lange her, da wurde darüber gestritten, ob Städte und Gemeinden eher wie Wirtschaftsunternehmen agieren sollten. In diesem Fall sollten wir dies tun und einen möglichst hohen Gewinn erzielen, damit zukünftige Gewerbesteuerzahlungen nicht für Zinszahlungen benötigt werden.

Weitere Kritikpunkte:

Die Finanzbeziehungen der Stadt zu den Stadtwerken, einer 100%igen Tochter der Stadt haben wir immer kritisch hinterfragt und werden dies auch weiterhin tun.

- 2,1 Millionen Eigenkapitalverzinsung gehen von den Stadtwerken an die Stadt (Zinssatz: 6,00 %)
- 590.000 Euro für die Nutzung der Straßen bezahlen die Stadtwerke an die Stadt, um dort die Kanäle und Wasserleitungen zu legen.

Die Straßenreinigungssatzung kritisieren wir auch weiterhin. In Anliegerstraßen soll nicht die Stadt für die Sauberkeit kehren, sondern dies sollen die Anlieger selbst machen.

Der Bürgermeister hat zu Mobilität, Klimaschutz und Umweltschutz bei der Einbringung des Haushalts wenig bis nichts gesagt.

In Bonn und Berlin, aber auch in vielen anderen Städten wurde in den letzten Wochen viel über Folgen des Klimawandels gesprochen, über eine Mobilität, weg vom Verbrennungsmotor. Auch das Insektensterben, der Verbrauch von natürlichen Ressourcen und die Versiegelung von Flächen sind Themen, die die Menschen bewegen.

Aber nicht in Gummersbach, obwohl auch wir einen Mobilitätsbeauftragten und eine Klimaschutzbeauftragte haben.

Ich erwarte, dass sich gerade beim Klimaschutz mehr tut und dass es nicht nur bei den zentralen Aussagen bleibt, die das sind: Ich zitiere: "Aufgrund des geringen Anteils der CO2-Emissionen der kommunalen Liegenschaften kann die Stadt Gummersbach die Klimaschutzziele nur erreichen, wenn alle Verbraucher für die Umsetzung der Maßnahmen einbezogen werden." Zitat Ende. Ich merke so gut wie nichts davon.

Deswegen muss auch von der gesamten Verwaltung aus das Thema Klimaschutz

- kommuniziert werden an die Bürger
- müssen Energieerzeugung, zum Beispiel Windenergie nicht verhindert sondern gefördert werden
- muss die CO2-mindernde Energieversorgung bei der Planung von Neubaugebieten und beim Umbau stärkere Betrachtung finden
- muss die Mobilität für Fußgänger, Fahrradfahrer und öffentlichem Nahverkehr attraktiver werden durch Mobilpässe, 30-km-Zonen und fahrradfreundliche Verkehrswege.

Die gesamte Verwaltung, aber besonders der Mobilitätsbeauftragte und die Klimaschutzbeauftragte sollten sich öffentlich zeigen und für mehr Klimaschutz in Gummersbach werben. Im stillen Kämmerlein werden sie nichts erreichen können.

Aussicht: Ich sehe im Augenblick schwarz bei der Entschuldung der Stadt. Dazu könnten wir jetzt selbst etwas beitragen. Ich sehe schwarz beim Klima- und Umweltschutz. Dafür sind nicht nur Land und Bund zuständig, auch wir müssen unseren Beitrag leisten. Ich sehe auch schwarz bei der jetzigen Landesregierung aus CDU und FDP. Die Abschaffung des Zuschusses von 40 Millionen Euro an die Verkehrsverbünde für den Mobilpass ist wahrscheinlich nur der Anfang. Hiervon betroffen sind zum Beispiel Menschen, die auf Leistungen der Grundsicherung angewiesen sind oder Menschen mit Leistungen vom Job-Center, darunter viele Alleinerziehende mit Kindern. Viele von denen können sich kein Auto leisten und sind auf die Fahrten mit Bussen und Bahnen angewiesen. Durch den Wegfall der Landeszuschüsse für den Mobilpass werden die Tickets in 2020 um etwa 50 % teuer als jetzt. Bezahlen sie zum Beispiel jetzt 40 Euro für eine Monatskarte, müssen sie 2020 wahrscheinlich 80 Euro bezahlen. Oder: Städte und Gemeinden springen für das Land ein. Auch dafür brauchen wir die Gewerbesteuer. Und was als nächstes aus Düsseldorf kommt, weiß niemand.

Meine Damen und Herren,
der Verwaltung danke ich für die Arbeit in 2017.
Den vorliegenden Haushalt samt entsprechender Anlagen lehnen wir ab.
Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Es gilt das Gesprochene Wort.
Gummersbach, den 29.11.2017

Konrad Gerards